

Forum: „Kinder- und Jugendmigrationsreport 2020“

Input: Dr. Susanne Lochner (DJI)

Kommentar: Sami Charchira (Aktion Gemeinwesen und Beratung Düsseldorf) und Maher Alhosin (Diakonie Münster), vertreten durch Prof. Dr. Wolfgang Schröer (Universität Hildesheim)

Moderation und Co-Moderation: Inga Selent (WWU), Mareike Schmidt (AGJ)

Kernthesen des Berichts

Frau Dr. Lochner führt aus, dass eine differenzierte Betrachtung von jungen Menschen nötig sei, da es nicht „die“ jungen Menschen mit Migrationshintergrund gebe (Generationszugehörigkeit und Herkunftskontext). Einige junge Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere selbst Zugewanderte lebten in prekären Verhältnissen. Der Migrationshintergrund an sich sei häufig kein Erklärungsfaktor für unterschiedliche Bildungsverläufe, die soziale Herkunft sei hingegen ausschlaggebend. Persistente Unterschiede, die trotz der Einbeziehung von Variablen im Zusammenhang mit der sozialen Herkunft (bspw. Bildungshintergrund) bestehen bleiben, könnten Hinweise auf Ungleichbehandlungen bzw. Diskriminierung sein. Trotz eines unabdingbaren Fokusses auf Asylsuchende in den letzten Jahren, dürften Jugendliche und junge Erwachsene ohne eigene Zuwanderungserfahrung nicht aus dem Blickfeld geraten. Durch Maßnahmen, die soziale Ungleichheit in den Blick nehmen, würden junge Menschen „mit Migrationshintergrund“ unterstützt. Maßnahmen, die sich speziell an junge Menschen mit Migrationshintergrund richten, sollten differenzierte Hintergrundfaktoren miteinbeziehen.

Zusammenfassung der Praxis-Kommentar

Herr Prof. Dr. Schröer kommentiert, dass der Kinder- und Jugendmigrationsreport ein sehr defensiver Bericht der „neutralen“ Datenanalyse sei, der einen nötigen stärkeren Fokus auf die untersuchte Gruppe betonen möchte. Der Bericht ließe sich nicht ohne Kontext und Interpretation betrachten, bei der Machtverhältnisse und Autor*innen eine Rolle spielten. Interessant sei, dass hier ein klassisches Integrationsverständnis zugrunde liege, welches Institutionen als Integrationsmaschinen begreife und die Hilfen zur Erziehung als sekundäre Integrationsinstitution. Die Lebenswelten und Selbstpositionierungen der Akteur*innen würden eher vernachlässigt, was diskussionswürdig erscheine. Die Frage dränge sich auf, welches Paradigma im Hintergrund mitschwingt. Denn als entscheidender als die Kategorie Migrationshintergrund würden sich andere dahinterstehende Faktoren abzeichnen, wie die umliegenden Strukturen und Systeme und die Frage, wie diese besser auf die durch Risikolagen entstehenden Bedürfnisse eingehen könnten. Zu den Kategorien Mobilität und soziale Ungleichheit und wie diese korrelieren und transnationale Verflechtungen aufweisen, seien bspw. nur wenige Daten vorhanden. Gerade die deutsche Bildungsberichterstattung vertrete ein klassisches Verständnis von Integration. Wenig dagegen würde über die Institutionen selbst gesprochen, dass bspw. keine mehrsprachige Kinder- und Jugendhilfe etabliert sei und weder die Anbieterseite in den Analysen vorkomme, noch wie sich diese verändern könne. In der Fachwelt müsse gesagt werden, dass mehr und anderes gebraucht werde. Flucht spiegele sich bspw. nicht nur in der Inobhutnahme, sie sei mehrfaktoriell zu betrachten. Das Thema Migration sei in der Kinder- und Jugendhilfeplanung ein sehr großes, daher müsse eine andere Grundlage geschaffen und anders mitgedacht werden.

Diskussion

Eine wichtige Perspektive bei Betrachtung des Berichts sei die Auftragsstellung, zugrundeliegende Daten und deren Analyse. Es handelte sich nicht um einen staatlichen Erstellungsauftrag, sondern ein eigenes Projekt des DJI, um einen Einblick in die Situation von jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu bekommen. Der Aspekt der Integration würde durch die Kategorie „Migrationshintergrund“ nach dem Vorbild Hartmut Essers fokussiert, der sozialen

Teilhabe. Um repräsentative Aussagen für Deutschland treffen zu können, würde der Mikrozensus als Datengrundlage verwendet, welcher eine bestimmte paradigmatische Färbung beinhalte, wodurch trotz des Anspruchs der objektiven Datenanalyse, diese nicht angenommen werden könne. Dies sei auch problematisch, da die Daten des Mikrozensus zu anderen Zwecken erhoben würden und nicht aus integrationspolitischen. Die zugrundeliegende Definition geht allein davon aus, dass der eigene Geburtsort (1. Generation), der der Eltern (2. Generation) oder der der Großeltern (3. Generation) nicht Deutschland ist. Problematisch in der Debatte um den Migrationshintergrund sei auch, dass damit verbundene Faktoren schwer auseinanderzuhalten seien und durch diese große Kategorie fälschlicherweise vermischt würden. Kinder und Jugendliche würden migriert oder sind geflüchtet, sie seien nicht bewusst migriert und müssten doch mit diesem Status umgehen, welcher nicht selbst gewählt sei. Studierende hätten aufgrund des differenten Hintergrundes eine höhere Migrationsmotivation. In der Politik würde eine massive Vermischung von Migrationsgründen geschehen.

Die Fokussierung einer zu starken Verallgemeinerung sei kompliziert für die Betrachtung von Schnittstellen, welche Kinder und Jugendliche berühren. Diese müssten mehr von ihrer Perspektive her gedacht werden. Kinderbefragungen seien ein schwieriges Unterfangen, würden jedoch nun vom DJI verstärkt angestrebt und durchgeführt. Dazu wurde kritisch angemerkt, dass es im DJI an Kapazitäten fehle, Ergebnisse intern zu diskutieren und so die verschiedenen Forschungsperspektiven auf einen Forschungsbereich einzufangen. Es bestehe bspw. ein ungleicher Zugang zu frühkindlicher Bildung; Elternwünsche, Kinder in frühkindliche Bildungsinstitutionen zu bringen seien hoch, die realen Möglichkeiten und die Nutzung blieben aber sehr gering.

Abgeschlossen wurde die Diskussion mit einem Hinweis auf die Relevanz einer Betrachtung individueller Verläufe sowie der Anmerkung, dass die recht alte Kategorie des Migrationshintergrundes aufgrund politischen Willens weiter erhalten bleibe. Dabei müssten Kategorien anders geclustert werden, um anders arbeiten und steuern zu können. Differenzierte Forschung sei nicht möglich, da sie politisch nicht gewollt sei.

Weiterführende Themen, Fragen, Anliegen

Es bedürfe einer Novellierung/Erweiterung- wie teilweise schon geläufig – durch die Erhebung der in der Herkunftsfamilie gesprochenen Sprache. Diese sei ein viel entscheidenderer Faktor, da das Argument, dass der Geburtsort leichter zu erheben sei, für Asylsuchende, die auch in die Kategorie Migrationshintergrund fielen, nicht zähle.

Auf der lokalen Ebene seien viele Institutionen, wie sozialpsychiatrische Einrichtungen, mit der besagten Gruppe beschäftigt. Themen wie Radikalisierung und Kriminalität, deren Entstehungszusammenhänge und deren Gründe würden nur wenig wissenschaftlich untersucht. Diskriminierung in Kitas und an Schulen sei außerdem ein großes Thema, mit dem sich mehr beschäftigt werden müsse. Hier fehle u. a. die Stimme der lokalen Politik, die eine andere und differenziertere Erfassung von Daten einfordert, bspw. zu erzwungener Mobilität, da sonst kein Fortschritt bei der Bearbeitung von Problemlagen möglich sei. Das BMFSFJ habe nun einen (kleinen) Forschungsstrang zu Rassismus im Bildungswesen angestoßen, das diffizile an quantitativen Daten zu diesem Thema sei jedoch, dass Diskriminierung schwer abbildbar sei. Es sei eine andere Datenerfassung nötig, wie über qualitative Erhebungen, welche auch im Kinder- und Jugendmigrationsreport fehlten. Wichtig sei die Verfolgung von Lebensverläufen, behördlichen Zugängen, der Vernetzung innerhalb der Institutionen und die wissenschaftliche Auseinandersetzung damit. Dagegen wurde kommentiert, dass je differenzierter umso weniger planerisch verwertbar seien die Daten in der wissenschaftsorientierten politischen Jugendhilfeplanung. Die Berichterstattung solle nicht zu differenziert sein, um für einzelne Gruppen Maßnahmen ableiten zu können. Dem wurde entgegnet, dass Gruppen nicht homogen seien und es generell mehr Individualdaten bedürfe, um Lebensläufe nachzeichnen zu können und bspw. Hemmnisse auszumachen, weshalb junge Menschen nicht in Ausbildung gehen. Die Motive und Hintergründe seien wichtig, doch dazu gäbe es keine vernünftige Datengrundlage.